



Presseinformation

Nr. 042/2010

Kiel, Montag, 8. Februar 2010

SGB II/Jobcenter

Christopher Vogt: Jobcenter-Einigung jetzt in Gesetzentwurf umsetzen!

Zur Einigung zwischen den Unions-Ministerpräsidenten und Bundesministerin Ursula von der Leyen über eine Lösung bei der Neuordnung der Trägerschaft im SGB II sagte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die FDP-Fraktion begrüßt sehr, dass sich die Ministerpräsidenten der unionsgeführten Länder und die Arbeitsministerin nun endlich geeinigt und für eine Grundgesetzänderung entschieden haben. Auf diesem Weg kann eine langfristige Rechtssicherheit der neuen Lösung erreicht werden.“ Damit habe sich auch das Engagement des schleswig-holsteinischen Ministers für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Dr. Heiner Garg, am Ende ausgezahlt.

„Nun kann Klarheit für alle Beteiligten - vor allem für die Hilfebedürftigen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter - geschaffen werden“, sagte Christopher Vogt. Ministerin Ursula von der Leyen solle sehr zeitnah Gesetzentwürfe vorlegen, die auch berücksichtigen, dass es zu keiner Finanzverschiebung zu Lasten von Ländern und Kommunen kommt.

„Auch die beschlossene Entfristung und Ausweitung der Optionskommunen ist der richtige Weg. Die SPD sollte diesen Wunsch der Länder und zahlreicher Kommunen nicht ignorieren und die Ausweitung der Optionskommunen mittragen.“ Die Mitwirkungsrechte von Ländern und Kommunen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik müssten gestärkt werden, so Vogt abschließend.

Wolfgang Kubicki, MdL

Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL

Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer

www.fdp-sh.de